

Anne-Marie LeGloannec

Amerika mitten ins Herz

Kündigt sich das Ende des Unilateralismus und der ungezügelter Globalisierung an?

Am 11. September 2001 passierte das Udenkbare: der Einsatz von Menschen als Waffe, um Amerika ins Herz zu treffen. Damit wurde eine neue Schwelle des Terrors überschritten. Es ist nicht auszuschließen, daß andere Terroristen andere Tabus brechen, wie das bakteriologischer Waffen. Wenn die Tausenden Toten nicht vergessen werden können – die meisten für immer begraben in den Trümmern der beiden Türme –, wenn sie nicht vergessen werden dürfen, ist es dennoch unabweislich, sich über einige Tatsachen Klarheit zu verschaffen, um eine Vorstellung von der Dimension der Ereignisse und ihren möglichen Konsequenzen zu gewinnen, ob sie uns nun gefallen oder nicht.

Von diesem Morgen des 11. September wird man die sechstausend unschuldigen Toten im Gedächtnis behalten, das gebrochene Tabu, die Tatsache, daß Amerika auf seinem Territorium verletzt wurde. Aber man wird auch hervorheben, daß diese Tat wahrscheinlich nichts Symbolisches hatte. Während die Kommentatoren glauben machen wollten, daß die USA in den Symbolen seiner finanziellen und militärischen Macht getroffen wurde, sind wir versucht zu denken, daß die Urheber dieser Angriffe das Ziel verfolgten, die Lebenszentren der US-amerikanischen Macht zu zerstören. Wenn das Capitol oder das Weiße Haus von der vierten Maschine, die in Pennsylvania abgestürzt ist, anvisiert wurde, und wenn – wie man annimmt – an jenem Tag noch ein oder zwei weitere Flugzeuge entführt werden sollten, dann spricht viel dafür, daß die Terroristen die Absicht hatten, dem politischen, militärischen und finanziellen Apparat der USA substantiellen Schaden zuzufügen. Es handelt sich also um einen Krieg. Über den Kriegsbegriff kann man sicher streiten, wenn man ihn sich als einen konventionellen Krieg vom Typ des Golf-Krieges vorstellt – wie es übrigens George W. Bush unter dem Eindruck der Attentate getan zu haben scheint. Für den Präsidenten geht es nicht um einen solchen Krieg – oder, genauer gesagt, nicht mehr. Nach den ersten Emotionen, den ersten Analysen besann er sich eines anderen und hebt nun den langwierigen, unübersichtlichen und vielgestaltigen Charakter eines in hohem Maße ungleichen Krieges zwischen den Feinden im Schatten und den Vereinigten Staaten hervor. Ein Krieg, in dem sich ein Staat und ein oder mehrere Netze von Individuen gegenüberstehen, die mit einer Welt abrechnen wollen, die sie ablehnen. Ein Krieg, der sich grundsätzlich von den bisher geführten unterscheidet, weil sich auf ihn weder die Regeln des Clausewitzschen Krieges an-

wenden lassen noch die Logik der sog. neuen Kriege, d.h. der halb-zivilen, halb-internationalen Kriege, in denen sich Milizen und reguläre Armeen gegenüberstehen. Von diesen läßt sich nur eine einzige „Regel“ auf die Terroristen anwenden: Es sollen vor allem Zivilisten getroffen werden, so viel Zivilisten wie möglich, wohingegen das Amerika Bushs die Bevölkerungen verschonen muß¹, wenn sie sein Sympathiekapital bewahren und sein gegenüber der islamischen Welt ohnehin schon beschädigtes Image nicht noch weiter beeinträchtigen möchte.

Die Wendung in der Haltung des Weißen Hauses wird überrascht haben, denn man hatte nicht erwartet, daß die US-amerikanische Politik sich in Nuancierungen üben und – vor allem – daß sie von den großen Linien, die die ersten sechs Monate der Bush-Präsidentschaft gekennzeichnet hatten, abgehen würde. Zuallererst erstaunte die Infragestellung des Unilateralismus zugunsten der Bildung einer möglichst breiten Koalition, die von der NATO bis hin zur arabischen Welt und Südostasien reicht. Dazu gehört ebenso das Rußland Putins wie das China Jiangs, in dem Washington noch vor kurzem den *peer competitor* des 21. Jahrhunderts gesehen hatte. Nachdem eben noch dieser Unilateralismus mit der Ablehnung der Abkommen von Kyoto und des ABM-Vertrages sowie mit der Nichtzahlung der ausstehenden Mitgliedsbeiträge an die UNO und der Verweigerung der Mitarbeit im Kampf gegen die Geldwäsche allgemein für Unmut gesorgt hatten, besinnen sich die Vereinigten Staaten plötzlich eines Besseren. Sie übernehmen nun die Führung einer Kampagne, die darauf gerichtet ist, das Geld des Terrorismus aufzuspüren, und sie drängten die Vereinten Nationen, all jenen Staaten Sanktionen anzudrohen, die Terroristen unterstützen.

Die Wendung geht also auch in Richtung von „mehr Staat“: Es handelt sich nicht nur um mehr Staat in den Vereinigten Staaten selbst, wo die neue Administration entgegen ihren vorher verkündeten Zielen handelt und bedeutende Kredite bewilligt, um Fluggesellschaften zu unterstützen, um New York wieder aufzubauen und, ganz allgemein, um die Rezession zu verhindern, mit der bereits vor dem 11. September gerechnet worden war, aber deren Konsequenzen durch die Attentate nur verstärkt werden können. Es handelt sich auch um die Rückkehr des Staates in die internationalen Instanzen und Zusammenhänge, wie die Kehrtwende in bezug auf den Kampf gegen verdächtige Finanztransaktionen bezeugt.

Es handelt sich schließlich um ein erneutes Engagement der Vereinigten Staaten, insbesondere im Nahen Osten, um den sich die Bush-Administration seit ihrer Machtübernahme kaum mehr gekümmert hat. Am 2. Oktober erinnerte Präsident Bush daran, daß die Gründung eines palästinensischen Staates das langfristige Ziel, die Vision der Vereinigten Staaten bleibe.² Bedeutet dies, daß Washington endlich

¹ Anfang des 20. Jahrhunderts verursachten die Kriege vor allem Tote unter den Soldaten (90 Prozent der Toten), Ende des Jahrhunderts hatte sich das Verhältnis auf Kosten der Zivilbevölkerungen umgekehrt.

² Während sich George Bush Vater jedes „vision thinking“ enthalten hatte.

beabsichtigt, diese internationale Ordnung zu errichten, der es sich während der ersten sechs Monate der Präsidentschaft Bushs so beharrlich entziehen wollte? In dieser Hinsicht bleibt der Präsident seinen früheren Absichten treu und weigert sich, eine neue internationale Ordnung zu schaffen, stattdessen erweist sich Tony Blair als derjenige, der in seiner mit Recht vielbeachteten Rede auf dem Labour-Kongreß eine neue Weltordnung fordert.

Man sollte sich jedoch nicht zu früh freuen – wenn man diese Formulierung nach dem 11. September überhaupt verwenden kann. Mehrere Kommentatoren haben unterstrichen, daß die Anti-Terror-Koalition zu zweifelhaften Bündnissen mit Regimen führt, die heute nicht demokratischer sind als vor dem 11. September. Die Koalition ähnele zudem in vielem der Heiligen Allianz, weil sie möglicherweise die Bürgerrechte bis hinein in die Demokratien bedrohe. Es stellen sich aber auch andere Fragen, die den Charakter der Koalition und die Ziele derjenigen betreffen, die ihr angehören. In erster Linie betrifft dies die Vereinigten Staaten selbst. Die Frage lautet also: Wie wird das verstärkte US-amerikanische Engagement in der Welt aussehen und welche Konsequenzen wird es, insbesondere für Europa, haben? Hier sollen nur drei Probleme kurz angesprochen werden:

Erstens arbeitet die US-Administration an der Schaffung von flexiblen Koalitionen. Dies ist eine Art Kompromiß zwischen der Konzeption Powells von einer weltweiten Koalition und einer machtbetonterer Politik nach den Vorstellungen Rumsfelds. Es geht darum, wenn man es recht versteht, die anderen einzubinden („wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“, erklärte der Präsident in seiner großen Rede vom 20. September), ohne sich selbst zu binden. Es geht darum, die Handlungsräume für das eigene Engagement möglichst zu erweitern, um auf allen Tischen spielen zu können. Die Entscheidung, Artikel 5 des Nordatlantik-Vertrages zu aktivieren, aber von seinen Verbündeten *à la carte* Beiträge zu fordern, folgt dem Willen, alle Fäden in der Hand zu halten, ohne selbst irgendeine Abhängigkeit zu riskieren, denn jede Handlung der NATO würde Abstimmungsprozeduren nach sich ziehen, die Washington nicht möchte.³ Ein verstärktes Engagement der Vereinigten Staaten wird wahrscheinlich eher diesem Schema entsprechen als einem friedfertigen Modell eines Amerikas, das sich mit Zurückhaltung in die internationalen Instanzen einordnet. Obwohl „re-engaged“, werden die USA ein schwieriger Partner bleiben.

Zweitens werden die Verbündeten der Vereinigten Staaten – ob kurzzeitige oder dauerhafte –, namentlich Russen und Israelis, ihre eigenen Terrorismus-Definitionen durchsetzen wollen, in denen nicht zwischen „nationalen“ und „globalen“ Terroristen unterschieden wird. Und werden die Europäer, die bisher eine bemerkenswerte innere Geschlossenheit und eine ungeteilte Solidarität mit den Vereinigten Staaten unter Beweis gestellt haben, nicht ihre eigenen Interessen stärker deutlich machen? In dieser Hinsicht wird die Entscheidung von Präsident Bush, nicht die NATO als militärisches Instrument zu benutzen, für einige Europäer schwierige

³ Wie es die Luftangriffe gegen Serbien gezeigt haben.

Entscheidungen vermeiden. Aber damit verlieren die Europäer auch eine Möglichkeit, auf die US-Führung einzuwirken. Die Europäer, an erster Stelle die Briten, haben vielleicht eine Rolle bei der Entwicklung der US-amerikanischen Position gespielt. Und sie konnten nützlicherweise gegenüber solchen Regimen wie dem Iran vermitteln, die Washington noch bis vor kurzem stigmatisierte. Ungeachtet dessen werden mit der Zeit die Divergenzen unweigerlich wieder hervortreten. Innerhalb der Union hatten die Attentate vom 11. September die heilsame Wirkung, den Aufbau eines Europa der Justiz und der inneren Sicherheit zu beschleunigen. Aber man kann sich auch fragen, ob das Vorpreschen Großbritanniens in der einen oder anderen Hauptstadt des europäischen Kontinents nicht mit einiger Irritation beobachtet wird.

Drittens wird die Rückkehr Russlands in das globale Spiel den alten Kontinent verändern. Einige Länder werden es wahrscheinlich nicht oder nicht besonders befürworten. Dies gilt z.B. für Polen, das ständig großes Mißtrauen gegenüber seinem östlichen Nachbarn hat, oder auch für Frankreich, das sich vernachlässigt fühlen wird. Andere jedoch wünschen dies eher, wie z.B. Deutschland, das einen besonderen Draht Moskau-Berlin zu haben glaubt. Auf alle Fälle wird Rußland – im Unterschied zu den anderen europäischen Ländern – verlangen können, ebenbürtig mit den USA zu sprechen, da nun beide Staaten in Zentralasien involviert sind.

Nun kann man Überlegungen zum „Nach“-Krieg anstellen – wenn man überhaupt von einem *Danach* eines Krieges sprechen kann, der möglicherweise nie enden wird. Auf den Spuren von George Bush Vater, der das Bündnis nicht zum Sturm auf Bagdad führen wollte, hat George W. Bush nicht die Absicht, das Taliban-Regime zu stürzen. Vielleicht zu Recht, denn ohne einen handlungsfähigen Militär- und Zwangsapparat wird es höchstwahrscheinlich zerfallen. Die Vereinigten Staaten werden um eine Präsenz in der Region nicht herumkommen. Außer Afghanistan brauchen oder verlangen Pakistan, Usbekistan oder Tadshikistan amerikanische Hilfe. Auch wenn dies der US-Administration widerstrebt, wird in Afghanistan eine *Art nation building* erforderlich sein, wenn die Vereinigten Staaten die Irrtümer des vergangenen Jahrzehnts nicht wiederholen wollen, als sie Islamabad freie Hand gelassen hatten. Aber auch wenn die Irrtümer der Vergangenheit nicht wiederholt werden dürfen – wer garantiert, daß nicht andere Irrtümer begangen werden und daß die Vereinigten Staaten nicht zum Geburtshelfer neuer Taliban werden? Der Aufbau von Demokratie hängt deshalb nicht allein von den Vereinigten Staaten ab.

Prof. Dr. Anne-Marie LeGloannec, Centre Marc Bloch, Berlin